

4. November 2025

Interpellation 346 / Roger Edlmann, FDP, und Ronja Stahl, SP

eingereicht am 15. September 2025 – Wortlaut siehe Beilage

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache

Die Interpellanten Roger Edlmann, FDP, und Ronja Stahl, SP, haben am 15. September 2025 zusammen mit 21 weiteren Mitunterzeichnenden eine Interpellation zum Thema "Häusliche Gewalt ist keine Privatsache" eingereicht und den Stadtrat ersucht, vier Fragen zu beantworten.

Beantwortung

1. Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten im Rahmen seiner Zuständigkeit durch gezielte Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit einen wirksamen Beitrag gegen häusliche Gewalt auf allen Stufen der Gewaltpyramide zu leisten oder bestehende Bemühungen zu verstärken? Welche aktuellen Massnahmen gegen häusliche Gewalt existieren auf Ebene Stadt Wil?

In der Stadt Wil werden auf verschiedenen Ebenen Massnahmen gegen häusliche Gewalt umgesetzt und Präventionsarbeit geleistet. Die Schulen spielen zusammen mit der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle bei der Prävention, Früherkennung und Unterstützung von betroffenen Kindern und Jugendlichen. Lehrpersonen und weitere Fachkräfte werden sensibilisiert für Anzeichen von Gewalt und fördern ein achtsames Klima. Präventionsprojekte wie "Mein Körper gehört mir" oder "Love Limits" werden jährlich in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Fachstellen durchgeführt. Schulische Fachpersonen (Lehrkräfte, Schulsozialarbeit) sind zur Meldung verpflichtet, wenn sie konkrete Hinweise auf eine Gefährdung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität eines Kindes haben. Im Verdachtsfall wird eine koordinierte Unterstützung eingeleitet: Es erfolgen Gespräche mit dem Kind im geschützten Rahmen, es wird über Hilfsangebote informiert und gegebenenfalls Kontakt mit Behörden und Beratungsstellen aufgenommen.

Die Lehrpersonen, die Sozialen Dienste inklusive der Jugend- und Familienbegleitung der Stadt Wil arbeiten eng mit der Schulsozialarbeit, zusammen und führen bei Bedarf interdisziplinäre Fallbesprechungen durch, welche auf eine ganzheitliche Situationsanalyse und Lösungsfindung ausgerichtet sind. Bei Hinweisen auf häusliche Gewalt werden die spezialisierten Beratungsstellen wie das Kinderschutzzentrum St. Gallen, die Opferhilfe, das Frauenhaus sowie die Polizei involviert. Die Zusammenarbeit wird als sehr konstruktiv erlebt.

Am 11. November 2025 wird die nationale Präventionskampagne "Gleichstellung verhindert Gewalt" lanciert. Die Kampagne soll aufzeigen, dass Gleichstellung ein wichtiger Schutzfaktor ist. Die Stadt Wil nimmt an der Kampagne teil und wird die Inhalte über die städtischen Kommunikationskanäle verbreiten.

Die fachliche Verantwortung für das Thema innerhalb der städtischen Verwaltung ist noch zu definieren. Verschiedene Stellen in der städtischen Verwaltung und in den Schulen engagieren sich im Thema. Eine definierte Anlaufstelle bzw. eine Themenführerschaft, die diese Bemühungen sinnvoll koordiniert und fördert, existiert jedoch nicht.

2. Ist der Stadtrat bereit, Weiterbildungsangebote für Polizei, Sozialdienste, Schulen und weitere Schlüsseleinrichtungen in Zusammenarbeit mit Fachstellen (z.B. Frauenhaus, Koordination für Häusliche Gewalt und Menschenhandel, Opferhilfe und Bildungsstelle häusliche Gewalt) zu unterstützen oder zu initiieren?

Es existieren Weiterbildungsangebote für Fachpersonen. Z.B. nehmen Mitarbeitende der Sozialen Dienste jeweils an den jährlichen Fachtagungen von kantonalen Stellen zum Thema häusliche Gewalt teil. Die Stadt Wil unterstützt die Teilnahme ihrer Mitarbeitenden an solchen Weiterbildungen auch finanziell. Es könnten einschlägige Weiterbildungsangebote jedoch bekannter gemacht und Fachpersonen verstärkt zur Teilnahme motiviert werden. Das könnte beispielsweise Aufgabe einer entsprechenden städtischen Koordinationsstelle wie unter Antwort eins beschrieben, sein.

Aus Sicht der Sozialen Dienste wäre es zudem begrüssenswert, wenn die Opferhilfe St. Gallen-Appenzell Beratungen in Wil anbieten würde.

3. Plant der Stadtrat, sich durch einen regionalen Runden Tisch (wie das andere Regionen seit Jahren pflegen) aktiver in die kantonale Koordinationsarbeit einzubringen und eine solche Plattform mit dem Kanton auch für die Region Wil/Fürstenland zu etablieren?

Diesbezüglich wurde bereits im Frühjahr 2025 Kontakt mit der kantonalen Koordinationsstelle für Häusliche Gewalt aufgenommen. Die kantonale Koordinationsstelle hat zu Beginn des Jahres einen personellen Wechsel erfahren und ist neu dem Amt für Soziales angegliedert. Im Austausch mit der neuen Leitung der Koordinationsstelle konnte in Erfahrung gebracht werden, dass bereits vor einigen Jahren ein Runder Tisch für die Region Wil/Fürstenland diskutiert wurde. Die Gemeinden der Region sahen damals jedoch die Notwendigkeit nicht als gegeben, das Interesse an einem Runden Tisch war zu gering.

Alle Runden Tische in den anderen Regionen des Kantons werden von der kantonalen Koordinationsstelle geleitet. Das Interesse ist in den verschiedenen Regionen unterschiedlich. Aktuell läuft eine Umfrage, um die Bedürfnisse der Teilnehmenden abzuholen. Nach Abschluss der Umfrage wird sich die kantonale Koordinationsstelle mit der Stadt Wil in Verbindung setzen. Bis dahin soll von Seite Kanton eine Bestandesaufnahme gemacht werden, damit ersichtlich wird, was es an verschiedenen Orten bereits gibt. Aktuell gibt es noch keinen kantonalen Aktionsplan – ein solcher ist aber Ziel.

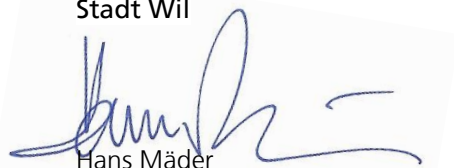
Die Stadt Wil ist an einem Runden Tisch interessiert. Ob ein solcher in der Region zustande kommt, ist noch unklar. Das Departement Gesellschaft und Sicherheit wird diesbezüglich mit den grösseren Gemeinden in der Region Kontakt aufzunehmen. Sollten die anderen Gemeinden kein Interesse an einem regionalen Runden Tisch bekunden, wäre auch vorstellbar, im Sinne eines Pilots einen Runden Tisch zum Thema Häusliche Gewalt in der Stadt Wil zu lancieren.

4. Welche Mittel und Strukturen sieht der Stadtrat vor, um einen kontinuierlichen Prozess in der Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zu gewährleisten – beispielsweise durch die Beteiligung an Kampagnen oder die Förderung einer lokalen Trägerschaft/Vereinsstruktur und/oder Erstellen eines Aktionsplans?

Um ein kontinuierliches Engagement in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit gewährleisten zu können, müsste die Themenführerschaft innerhalb der städtischen Verwaltung definiert werden. Sobald klar ist, ob und in welcher Form ein Runder Tisch in Wil initiiert werden soll, wird das Departement Gesellschaft und Sicherheit mit den betroffenen städtischen Stellen (Departement Bildung und Sport, Fachstelle Integration, Beratung und wirtschaftliche Hilfe) klären, wie die Themenführerschaft in der städtischen Verwaltung geregelt werden soll.

Aus Sicht des Stadtrats ist es sinnvoll, die Rückmeldung der kantonalen Koordinationsstelle abzuwarten, bevor die Förderung einer lokalen Trägerschaft oder das Erstellen eines Aktionsplans in Betracht gezogen wird. Sollte sich im Austausch mit den Verantwortlichen des Kantons zeigen, dass ein Aktionsplan auch auf kommunaler Ebene Sinn machen würde, müssten die entsprechende Mittel und Ressourcen gesichert werden.

Stadt Wil



Hans Mäder
Stadtpräsident



Janine Rutz
Stadtschreiberin